

Theodor Leipart wurde 70 Jahre nach seinem Scheitern vom DGB geehrt

Manfred Scharrer

Am 10. April 1933 wurde im Reichsgesetzblatt verkündet, daß von nun an der 1. Mai, also jener Tag, an dem die sozialistische Arbeiterbewegung seit 1889 international für ihre gemeinsamen Forderungen demonstrierte, ein nationaler Feiertag, ein „Tag der nationalen Arbeit“ sein solle. Am 1. Mai inszenierten die Nazis auf ihrer zentralen Kundgebung in Berlin eine Propagandashow ohnegleichen. Auf dem Tempelhofer Feld waren anderthalb Millionen Teilnehmer erschienen, um den Worten des Mai-Redners Adolf Hitler zu lauschen.

Der Coup, der sozialistischen Arbeiterbewegung eines ihrer zentralen Symbole zu rauben, indem die äußere Form übernommen, der Inhalt in sein Gegenteil verkehrt wurde, war eine besonders perfide Idee von Hitlers Propagandaminister. Die Nazis konnten ein passant auch noch Überlegenheit gegenüber der demokratischen Republik demonstrieren, die es nicht vermocht hatte, den Wunsch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nach einem gesetzlich garantierten Feiertag zu erfüllen. Es mag hier dahingestellt bleiben, ob dieses Verlangen überhaupt eine gute Idee war. Am 1. Mai 1933 marschierten auch die Mitglieder der von den Nazis bekämpften sozialdemokratischen Gewerkschaften zum Tempelhofer Feld. Wie konnte es dazu kommen?

Am 20. Juli 1932 enthob die Reichsregierung verfassungswidrig die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens ihres Amtes. Die Sozialdemokratie – und die ihnen nahestehenden Gewerkschaften – entschieden sich, keinen außerparlamentarischen Widerstand zu leisten (nicht zum Generalstreik aufzurufen), sondern den Rechtsweg einzuschlagen, das heißt, sie erhoben Klage beim Reichsgericht – und setzten alle Hoffnung auf die in elf Tagen anstehende Reichstagswahl.

Das Ergebnis dieser Wahl war ein Desaster für die Sozialdemokratie. Die Nazis – die 1930 als eine kleine Splitterpartei mit zwölf Mandaten bereits den phänomenalen Sprung auf 107 Mandate schafften – feierten einen triumphalen Erfolg. Sie erhielten 37,4 Prozent der Stimmen und 230 Mandate. Die SPD verlor zehn und zählte nur noch 133 Mandate, die KPD konnte zwölf Mandate zugewinnen und erreichte 89. Die Nazis waren stärker als beide Arbeiterparteien zusammengenommen. (Dieser beliebte Vergleich darf nicht dazu verleiten, falsche Schlüsse zu ziehen. Die KPD bekämpfte die demokratische Republik von links mindestens so radikal wie die Nazis von rechts – und hatte ihrerseits die SPD, die „Sozialfaschisten“, zum „Hauptfeind“ erklärt.)

Angesichts der immer katastrophaler werdenden Wirtschaftskrise mit über sechs Millionen Arbeitslosen machte sich zunehmende Ratlosigkeit in den Reihen der Sozialdemokratie breit. Der Glaube an die eigene Fähigkeit, diese zentrale Herausforderung meistern zu können, war geschwunden. Die Gewerkschaftsführung begann eine Absetzbewegung von ihrer Partei einzuleiten und Fühler zur politischen Rechten (nicht den Nazis) auszustrecken. Für diese Politik bürgerte sich schnell ein Name ein: „Leipart-Kurs“. Theodor Leipart war der Vorsitzende des freigewerkschaftlichen Dachverbandes, und hauptverantwortlich für diese Politik. Schon zehn Tage nach der Wahl suchte die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) das Gespräch mit der Regierung Papen/Schleicher – ohne den Staatsstreich gegen Preußen auch nur zu erwähnen. Am 14. Oktober 1932 erklärte Leipart in einer Grundsatzrede an der Bundesschule des ADGB in Bernau, daß die Gewerkschaften nicht länger ge-

neigt seien, „Parteifesseln zu tragen“. Das war vorsichtig formuliert. Die Novemberwahl nährte dann nochmals Hoffnungen auf eine Wende, als die Nazis böse Verluste hinnehmen mußten. Sie verloren 34 Mandate und kamen auf 33,1 Prozent der Stimmen, waren also immer noch die weitaus stärkste Fraktion. Die SPD verlor nochmals zwölf Sitze, die KPD gewann elf hinzu.

Völlig unerwartet gab der Reichspräsident Hindenburg im Januar 1933 seinen Widerstand gegen den „böhmischen Gefreiten“ auf und ernannte Hitler am 30. Januar zum Reichskanzler. SPD- und Gewerkschaftsführer diskutierten erneut, ob jetzt der Zeitpunkt zum Widerstand gekommen sei. Wieder schreckte man vor dieser Konsequenz zurück. Wieder weckte man Hoffnungen auf die nächste Reichstagswahl, die Hitler für den 5. März angekündigt hatte. Inzwischen gingen die Nazis – jetzt im Besitz der staatlichen Gewaltmittel – mit brutalem Terror gegen exponierte Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten vor. Die Gewerkschaftsführungen wandten sich hilfesuchend mit ohnmächtigen Schreiben an den Reichspräsidenten. Zur Wahl am 5. März wagten sie es nicht mehr, offen für die Wahl der Sozialdemokratie aufzurufen. Doch wußten sie noch sehr genau, über welche Alternative in dieser Wahl abgestimmt wurde. Sie forderten ihre Mitglieder auf, sich zwischen Demokratie und Diktatur zu entscheiden. Es spricht vieles dafür, daß der harte Kern der Sozialdemokratie, die Industriearbeiterschaft, der Partei auch in dieser letzten halbwegs freien Wahl die Treue hielt. Die SPD verlor 2,1 Prozent der Stimmen (die KPD 4,6 Prozent). Doch die Nazis gewannen 10,8 Prozent dazu (43,9 Prozent). Zusammen mit der verbündeten „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ kam die antidemokratische Regierungskoalition auf 51,9 Prozent der Stimmen und hatte nun auch eine Mehrheit im Reichstag.

Für die Gewerkschaftsführung war damit eine Entscheidung gefallen. Für sie hatte „das Volk gesprochen“ und die vom Reichspräsidenten berufene Regierung bestätigt. Dies war nicht falsch gesehen, doch die Konsequenz, die sie glaubte daraus ziehen zu müssen, war katastrophal. Der ADGB signalisierte den Nazis nicht Widerstand, sondern seine Bereitschaft zur Anpassung und Mitarbeit. Die Nazis ignorierten diese Signale und verstärkten ihren Terror weiter. Die Gewerkschaften meinten deutlicher werden zu müssen. Am 21. März erklärte der ADGB, die „sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist“, und stellte die „Form der Organisation“ zur Disposition – mit dem Hinweis, daß die Wahrung der Arbeiterinteressen Vorrang hätten. Leipart übermittelte diese Erklärung direkt an Adolf Hitler. Dieser zeigte den Gewerkschaften immer noch die kalte Schulter. Am 9. April – die Anzeichen, daß die Nazis ihr wohlbekanntes Ziel, die „marxistischen Gewerkschaften zu zertrümmern“ (Hitler in *Mein Kampf*), unbeirrt weiter verfolgten, wurden immer dramatischer – erklärte sich die ADGB-Führung bereit, „die von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger Wirksamkeit geschaffene Selbstverwaltungsorganisation der Arbeitskraft in den Dienst des neuen Staates zu stellen.“ Da kam es ganz gelegen, daß der jüdische Vorsitzende des freien Angestelltenbundes, Siegfried Aufhäuser, angeblich auf eigenen Wunsch seinen Rücktritt erklärte. Jetzt erhielten sie von der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) eine Einladung zu Gesprächen über die zukünftige Form einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation. Die Führungsriege des ADGB – Leipart, Eggert, Graßmann und Leuschner – ließ sich auf dieses Gespräch am 13. April ein. Die NSBO verlangte die Führung in der neuen Organisation und den Rücktritt von Leipart. Mit dem Hinweis, daß die Vorsitzenden einer Gewerkschaft gewählt werden, lehnte dieser einen Rücktritt ab. Unverrichteter Dinge ging man auseinander

Parallel zu dem Versuch, sich mit den Nazis zu arrangieren, versuchte der ADGB sich mit den Führungen der beiden anderen Richtungsgewerkschaften, den christlichen und liberalen (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkschaften, auf eine gemeinsame „Einheitsorganisation“ zu einigen. Der Ende April gegründete „Führerkreis“ erkannte das nationalsozialistische Terrorregime samt Führerdiktatur ergebenst an und akzeptierte auch noch die ideologischen Grundlagen des „völkischen Einheits- und Machtwillens“. Hinfort sollte es keine „klassenmäßige Trennung“ und auch keine „volksabgewandte Internationalität“ mehr geben. (Christliche und liberale Gewerkschaften waren traditionell schon immer „national“ und gegen Klassenkampf eingestellt gewesen und hatten viel weniger Skrupel bei diesem Unterwerfungskurs zu überwinden.)

Am 15. April „begrüßte“ der Bundesvorstand, daß die Nazis den 1. Mai „zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärt hatten. Am 19. April forderte der Bundesausschuß des ADGB die Gewerkschaftsmitglieder auf, sich den 1.-Mai-Feiern der Nazis anzuschließen. Begleitet wurde der „Leipart-Kurs“ mit theoretisch-ideologischen Rechtfertigungen von Funktionären aus der zweiten Reihe – was natürlich nicht ohne Zustimmung und Billigung der gewählten und verantwortlichen Führung möglich war. Die Ergüsse von Lothar Erdmann, Franz Furtwängler, Walter Pahl und andere zeigen nicht nur die ängstliche Taktik der Gewerkschaftsführung, die Organisationen um jeden Preis der Anpassung an das Nazi-Regime retten zu wollen, sondern auch daß Gewerkschafter dem braunen Irrationalismus erlegen sind und zu Überzeugungstätern wurden. Hermann Seelbach, der Leiter der ADGB-Bundesschule in Bernau, gibt mit seinem Bekennerschreiben „Das Ende der Gewerkschaften“ dafür ein besonders eindrucksvolles Beispiel (daß viele von ihnen später zum Widerstand gegen die Nazis gefunden haben, steht auf einem anderen Blatt). Nachdem man sich von der parlamentarischen Demokratie verabschiedet hatte, gab es für diese sozialdemokratischen Gewerkschafter auch wenig Trennendes mehr zu den Nationalsozialisten. Keine „andere Rangordnung der Werte Nation und Sozialismus“ habe sie von den Nationalsozialisten unterschieden, „sondern lediglich eine andere Prioritätsordnung.“ Deshalb könne die sozialistische Arbeiterbewegung den „Tag der nationalen Arbeit“ ebenfalls als einen „Tag des Sieges“ empfinden.

Es mag viele gute Gründe gegeben haben, einen Generalstreik sowohl zur Abwehr des Staatsstreiches von Papen als auch bei der Ernennung von Hitler zum Reichskanzler nicht zu wagen, doch folgt daraus nicht zwingend ein „Leipart-Kurs“ der Anpassung, Anbiederung und schließlichen Unterwerfung der Gewerkschaften. Die SPD hat mit ihrem Nein zum Ermächtigungsgesetz ein Zeichen gesetzt, wie man auch in schwerster Bedrängnis seine Identität behaupten kann. Otto Wels, der Parteivorsitzende, hat Leipart auf der letzten Reichskonferenz der SPD am 26. April folgendes ins Stammbuch geschrieben: „Eine geistige Unterwerfung und Anpassung darf es für uns nicht geben. Wir dürfen nicht tun, als wäre der Unterschied zwischen den Nationalsozialisten und uns gar nicht so groß! O nein, er ist ungeheuer groß. Wir Sozialdemokraten stehen zu den Ideen des Rechtsstaates, zu der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, zu den Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit. [...] Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versuchte.“

Mit dem Aufruf zum 1. Mai 1933 fand die Geschichte der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland durch weitestgehende Selbstaufgabe ihr vorläufiges Ende. Als am 2. Mai die Nazis die Gewerkschaftshäuser überfielen, führende Funktionäre willkürlich mißhandelten und verhafteten und die Gewerkschaften gewaltsam in Besitz nahmen, gab es für Mitglieder und Funktionäre nichts mehr zu verteidigen.

gen, für das es sich gelohnt hätte, „Freiheit und Leben“ einzusetzen. Keine Hand rührte sich mehr. Der „Leipart-Kurs“, die Organisationen um den Preis der Aufgabe der Idee zu retten, war gescheitert. Nur die Akzeptanz der Unterwerfung durch die Nazis hätte das Ende der Gewerkschaften noch schlimmer machen können.

Derjenige, der dem Anpassungskurs der Gewerkschaften seinen Namen gegeben hatte, Theodor Leipart, wurde beim Überfall auf das Vorstandsgebäude des ADGB mißhandelt, verhaftet und wochenlang in Schutzhaft genommen. Eine Ermittlung wegen Untreue – die propagandistische Legitimation der Nazis für die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Verhaftung der „Gewerkschaftsbonzen“ – führte nie zur Anklage. Die Nazis verweigerten Leipart jede Rentenzahlung (er war 66 Jahre alt). Eine Unfallentschädigung sicherte ihm halbwegs die materielle Existenz. Zurückgezogen in seinem Zehlendorfer Haus überlebte er das Dritte Reich. Als im Juni 1945 in Berlin sich führende Funktionäre der alten Richtungsgewerkschaften zusammenfanden, um über die Neugründung der Gewerkschaften zu beraten, war Leipart nicht dabei. Dies ließe sich mit seinem hohen Alter und seiner angeschlagenen Gesundheit hinreichend erklären – er war jetzt 78 Jahre alt –, doch dürfte es für die Kommunisten zu diesem Zeitpunkt unvorstellbar gewesen sein, zusammen mit Leipart die neuen Gewerkschaften aufzubauen. Sie vor allem hatten Leipart als einen der Hauptverräter am Sozialismus ausgemacht und bekämpft. Am 25. Juni 1945 erklärte Ulbricht, auf der Funktiónärskonferenz der KPD in Berlin, die neuen Gewerkschaften sollten frei sein, „vom Nazigeist und von jener Kapitulationspolitik, wie sie Leipart durchführte“.

Leipart zählte in der Tat zum „rechten“ Flügel der Sozialdemokratie. Seine Freunde waren und blieben auch während der Hitlerzeit Albert Südekum und Wilhelm Keil. Zu seinem 77. Geburtstag am 17. Mai 1944 trafen sich bei ihm neben Wilhelm Leuschner unter anderem Gustav Noske, Paul Löbe, Carl Severing und Rudolf Wissell. Im Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin hatte Ulbricht die Formulierung durchgesetzt: „Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung“. Daß Leipart in diesem Manifest nicht als Hauptverantwortlicher gebrandmarkt wurde, lag am Widerstand der Sozialdemokraten und Christen – und die Kommunisten waren noch auf Kompromisse angewiesen.

Leipart dürfte über die ersten Schritte, die alten Richtungsgewerkschaften zu überwinden und eine Einheitsgewerkschaft aufzubauen, gut unterrichtet gewesen sein, gehörten doch ebenfalls sein alter Freund Hermann Schlimme für die SPD und Jakob Kaiser von den christlichen Gewerkschaften zum „vorbereitenden Ausschuß“. Sowohl Schlimme als auch Kaiser standen zu diesem Zeitpunkt in Kontakt mit Leipart. Deswegen war er sich darüber im klaren, daß die Kommunisten die Parität im Ausschuß und zu Delegiertenwahlen manipulierten und daß sie ihn nach wie vor haßten, doch die „Einheitsfront“ fand er „trotz alledem“ richtig.

Als die Kampagne zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien die Berliner SPD auseinanderriß, stellte sich Leipart auf die Seite derjenigen, die sich für die Vereinigung von KPD und SPD aussprachen. Er ließ sich von Schlimme sogar dazu überreden, öffentlich für die Vereinigung einzutreten in der Hoffnung, die „üblen Auseinandersetzungen“ der Vergangenheit würden damit aufhören. Seinen Eintritt in die SED rechtfertigte er mit den Worten: „Ich bin und bleibe bei der alten Partei, auch wenn sie eine Änderung ihres Namens vorgenommen hat. Für mich ist sie wieder die Einheitspartei, die sie bis 1914 gewesen, als es noch keine Spaltung gab. Der Name ist nicht so wichtig, als das Programm, und dieses bekennt sich ohne Vorbehalt neben den sozialistischen auch zu den demokratischen Grundsätzen.“

Das Programm der SED bekannte sich wohl zu den „demokratischen Grundsätzen“, jedoch die Praxis der Kommunisten war von Beginn an – sowohl in der Einheitsgewerkschaft FDGB als auch in der Sozialistischen Einheitspartei – eine ganz andere. Sowohl Einheitsgewerkschaft als auch Demokratie wurden von ihnen ganz anders buchstabiert als von den Sozialdemokraten. Leipart war vielleicht guten Glaubens, daß die Kommunisten tatsächlich dem stalinistischen Diktaturmodell abgeschworen hätten und ihr neues Programm und sogar die Einheit mit den Sozialdemokraten ehrlich meinten. Er mußte die Wahrheit nicht mehr erleben. Er starb am 23. März 1947. Der KPD und jenen Sozialdemokraten, die sich mit den Kommunisten vereinigen wollten, war er als Befürworter der Vereinigung hochwillkommen. Umgekehrt war er für die SPD und die Gewerkschaften in West-Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland zur Unperson geworden. Die SED ehrte ihn nun damit, daß sie ihn auf ihrer Kultstätte, dem Friedhof der Sozialisten (ab 1951 die „Gedenkstätte der Sozialisten“), wenige Meter von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht entfernt bestattete. Sie ehrte ihn weiter, indem sie die 1947 wiedereröffnete ehemalige ADGB-Bundesschule in Bernau, die maßgeblich auf Betreiben von Leipart zustande gekommen war, nun nach ihm benannte.

Schon ab Mitte 1947 war für die SED ihr Programm, „die Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarischen-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“, überholt. Zunächst galt es, aus der SED eine „Partei neuen Typus“ zu machen, das heißt, allen Sozialdemokratismus auszurotten und eine bolschewistische Partei des Demokratischen Zentralismus zu errichten. 1952 erklärte die SED „den beschleunigten Aufbau des Sozialismus“. Spätestens jetzt war Leipart nicht mehr gefragt. Die Bernauer Gewerkschaftsschule wurde nun nach dem Gründungsmitglied der KPD, Fritz Heckert, umbenannt. Daß diese Schule einmal seinen Namen trug, wurde in der offiziellen Geschichte des FDGB bis zu seinem Ende 1989/90 verschwiegen. Zur siebzigsten Wiederkehr der Niederlage von 1933 ehrte der DGB nun Theodor Leipart, indem am ehemaligen FDGB-Haus in der Berliner Wallstraße eine zu DDR-Zeiten geschaffene Erinnerungstafel wieder angebracht wurde.